

Leipziger Lerche

Mitteilungsblatt

der DKP-Leipzig

Ausgabe 1, Jahr 2017

Januar / Februar / März

**Mitglieder-
versammlung**
der DKP Leipzig:
am zweiten Montag
und am vierten
Dienstag eines
Monats, 19.00 Uhr,
Liebknecht-Haus-
Leipzig (LHL)
(Braustraße 15),
1. Etage.

Nächste Treffen:
24. Januar 2017
13. Februar 2017
28. Februar 2017
13. März 2017
28. März 2017
10. April 2017

dkp-leipzig@gmx.de
die-dkp-leipzig.de

V.i.S.d.P.:
Martin Zielke

Endlich mal was Neues!

2017 wird alles anders! Alles? Zumindest ein wenig. Denn die Deutsche Kommunistische Partei hat sich vorgenommen, zur diesjährigen Bundestagswahl anzutreten. Wir wollen der arbeitenden Mehrheit in Deutschland eine Stimme im Parlament geben. Wir wollen uns der Lohnabbauoffensive des deutschen Kapitals entgegenstellen.

Die DKP tritt entschieden gegen Ausbeutung und Verelendung auf. Gegen Wohnungsnot verlangen wir Sozialwohnungen. Statt des Strafrezimes ALG 2 eine Aufstockung der Sozialleistungen. Für einen Mindestlohn von 12 Euro und Sicherheit vor Altersarmut! Gegen die wachsende Kluft zwischen besitzend und besitzlos!

Wir verlangen hunderttausende neue Arbeitsplätze im medizinischen und Bildungssektor. In Deutschland sollen 2.000 Schulen neu gebaut werden. Schluss mit überfüllten Klassenzimmern und Hörsälen! Schluss mit unterbesetzten Krankenhäusern!

Wir Kommunisten weisen das Wettrüsten der Nato und Deutschlands Antreiberrolle dabei zurück! Stattdessen verlangen wir die Enteignung der Rüstungsprofite und einen Stop aller Waffenexporte!

Dabei wollen wir aber nicht die Illusion wecken, die Massen könnten allein mit dem Gang zur Wahlurne grundlegende Verbesserungen ihrer Lage erreichen. Dazu braucht es eine breite außerparlamentarische Bewegung, die Druck auf die Mächtigen in diesem Land ausübt.

Das ferne Ziel unserer Arbeit ist die sozialistische Gesellschaftsordnung, in der die Menschen nach der Devise: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen“ leben und arbeiten werden.

Dazu brauchen wir jede Unterstützung!

Gib deshalb zur Bundestagswahl deine Stimme der Deutschen Kommunistischen Partei!
M.Z.

Sozial is' muss!
DKP

DKP
Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Stuttgart

Kampfstimmung

In den Dienstleistungssektor kommt Bewegung: Am Samstagmorgen, dem 07. Januar, traten etwa 150 Amazon-Mitarbeiter der Frühschicht in Streik, bis zum Ende der Spätschicht um halb zwölf abends sollte dies andauern. Von der ver.di wurden am Samstag etwa insgesamt 300 Teilnehmer erwartet.

„Der Streik an einem Samstag ist eine besondere Kritik an der Ausdehnung der Arbeitszeit auf den Samstag. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen müssen am Samstag bei Amazon arbeiten, und das soll weiter ausgedehnt werden. Ich halte Samstagarbeit bei einem Online-Händler für nicht notwendig“, so der ver.di-Fachbereichsleiter für den Handel, Jörg Lauenroth-Mago.

Schon am Vortag legten etwa 400 Mitarbeiter ihre Arbeit nieder. ver.di fordert

Amazon dazu auf, den Tarifvertrag für den Einzel- und Versandhandel auf seine Mitarbeiter anzuwenden. Der US-Konzern lehnt dies ab, da sich Amazon als Logistiker sieht.

Dieser Tarifkonflikt schwelt etwa seit Mai 2013, und die Konzernleitung provoziert immer wieder neue Streiks. Sie weigert sich, angemessene Löhne zu zahlen, hat aber gleichzeitig die Ausgaben für Werbung seit 2006 von 260 Millionen auf fast 6 Milliarden Dollar verdreifacht.

ver.di fordert einen Tarifvertrag für die Amazon-Mitarbeiter.

Insgesamt ist die Anzahl der Arbeitskämpfe pro Jahr im Dienstleistungsbereich zwischen 2008 und 2014 auf 151 angestiegen. Davor, zwischen 2004 und 2007, waren es durchschnittlich nur 70 Streiks. 2012 war mit 188 (bewilligten) Streiks am meisten von Klassenauseinandersetzungen geprägt. *M.Z.*



Man ist sich sympathisch

Im Rahmen der diesjährigen fds-Akademie fand am vergangenen Samstag Abend in Leipzig eine Podiumsdiskussion zwischen Dietmar Bartsch (PdL), Katarina Barley (SPD) und Anton Hofreiter (Die Grünen) statt. Das Thema "Dem Trübsinn ein Ende: Gibt es eine Chance auf r2g und für einen Politikwechsel nach der Wahl?" sollte den Rahmen für die erste öffentliche Diskussion über eine mögliche Koalition nach der Bundestagswahl 2017 geben, an der SpitzenvertreterInnen der drei Parteien teilnahmen.

Vor rund 200 Zuschauern fand die Veranstaltung in der Leipziger Konsumzentrale statt. Moderiert wurde die Talkshow von Angela Marquardt, und Juliane Witt. Um es vorwegzunehmen: Neues zu Positionen, Annäherungen und Streitpunkten gab es an diesem Abend nicht. Die Diskutanten waren sich über weite Strecken einig, dass Merkels Politik für die Krise Europas und der Demokratie verantwortlich sei und ein "weiter so...das Land und Europa zum scheitern bringen" werde (Bartsch). Allerdings sei es nicht ausreichend, "Merkel muss weg" zu fordern. Vielmehr sei die gesellschaftliche Hegemonie alternativer Ideen notwendig um Europa zu retten. Denn dieses Europa gelte es zu bewahren. Und hier sind wir beim eigentlichen Problem der Annäherung der drei Parteien. Die SPD sieht sich als "das geringste Problem in dieser Geschichte" (Barley), obwohl sie keine Probleme mit großen Koalitionen hat. Auch die Grünen sind nebenbei offen für Koalitionen mit der CDU. Dass das Erringen der Hegemonie für emanzipatorische Positionen Ergebnis eines Kampfes ist, ist hier kein Thema. Klassenpositionen werden aber von der einzigen Kraft, die dies tun könnte, der PdL, außen vor gelassen. Das Fehlen gewerkschaftlicher Unterstützung für "r2g" zwar beklagt, der potentielle sozialdemokratische Partner an diesem Punkt aber nicht in die Verantwortung genommen.

Allein Hofreiter benannte auch inhaltliche Punkte, die er auf der Tagesordnung sehe: Abkehr von der Austeritätspolitik, Überwindung der Spaltung der Gesellschaft, die ökologische Transformation. Allerdings tat er dies eher als Mahner, denn konkrete Forderungen und

Konzepte kamen auch bei ihm nicht zur Sprache. Ansonsten erging man sich in Allgemeinplätzen und Ratlosigkeit zur Rechtsentwicklung in Europa und der Welt. Als habe diese nichts mit den kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen und Verwertungsbedingungen zu tun, sondern sei schlicht ein Hereinfallen auf Parolen von Parteien, die anderes wollten, als sie vorgeben. Und für Hofreiter haben viele Wähler der AfD die Geduld verloren, auf andere Regierungskonstellationen zu warten. Katarina Barley erinnerte daran, dass die Politik nicht von jetzt auf gleich Gerechtigkeit herstellen könne. Insgesamt konnte man den Eindruck gewinnen, als sei eine andere Politik, eine Politik im Sinne der Mehrheit der Menschen, nur eine Frage des Willens der regierenden Parteien. Dietmar Bartsch vermisste den Machtwillen bei der SPD, maß dem neuen Berliner Senat eine herausragende Bedeutung zu und mahnte die Akzeptanz des Anderen als Voraussetzung von Koalitionüberlegungen an. Ob dies auch die Unterschiedlichen Auffassungen z.B. zu Kriegseinsätzen und Privatisierung öffentlichen Eigentums angeht, sagte er allerdings nicht. Man war sich dann auch darin einig, dass es vor der Wahl keine Koalitionsaussagen geben dürfe, um einen Lagerwahlkampf zu verhindern, denn dieser sei "unmöglich" (Bartsch).

Wie dieses vorsichtige Geplänkel in der Partei DIE LINKE aufgenommen wird, bleibt abzuwarten. Eine starke Position linker Politik war bei Bartsch nicht zu erkennen. Die Zuschauer jedenfalls applaudierten begeistert. Offensichtlich ist die Aussicht auf Regierungsbeteiligung wichtiger als die Inhalte zukünftiger Politik.

Einige Bonmots rutschten den Diskutanten dann doch noch heraus. Die RentnerInnen in unserem Land seien keinesfalls von Armut bedroht, denn "...viele haben weitere Einkommensquellen." (Barley); "In den letzten 10 Jahren ist nicht nur alles besser geworden." (Hofreiter); und "Die Kampagne 'Kohl muss weg' war sehr erfolgreich" (Bartsch) - ob er damit auch Hartz IV und den Jugoslawienkrieg meinte, wurde nicht klar.

Georg Schumann

fand 1905 zur SPD und wurde 8 Jahre später Redakteur bei der LVZ. Sein konsequenter Antimilitarismus führte ihn zum Spartakusbund.

Die Leipziger Arbeiterjugend besaß in ihm einen mutigen Agitator gegen den Krieg, weswegen er zu Festungshaft verurteilt wurde.

1921 wählten ihn die Arbeiter in den Preussischen Landtag und in die Zentrale der KPD. Dafür wurde er verhaftet und in U-Haft gesteckt.

1927 in das ZK der KPD gewählt, wurde er politischer Leiter in West-Sachsen.

1928 und 1930 bis 1933 saß er im Reichstag. Zu dieser Zeit arbeitete er vor allem in der Erwerbslosenbewegung.

Er leitete die Widerstandsarbeit in Breslau (Wroclaw).

Noch im selben Jahr wurde er verhaftet und saß bis 1937 im Zuchthaus, sowie bis 1941 im KZ Sachsenhausen.

Wenige Tage nach seiner Entlassung wirkte er bereits am Aufbau einer der größten Widerstandsgruppen in Leipzig mit.

Doch die Gestapo blieb ihm auf der Spur und im Sommer 1944 wurde er erneut verhaftet und am 11. Januar 1945 hingerichtet.

MZ

UZ **unsere zeit**
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

Zu Gast in Leipzig

Aufgeschlossen und nach vorn gerichtet war die Atmosphäre des gut besuchten UZ-Lesergesprächs am 12. November im Liebknecht-Haus Leipzig, zu dem die DKP, der Rotfuchs und das Marxistische Forum eingeladen hatten. Mit Lucas Zeise waren sich die Anwesenden einig, dass die Zeitung der DKP der Wahrheit in ihrer Konkretheit verpflichtet ist.

Zweck der UZ als kommunistischer Parteizeitung, als Wahrnehmungsorgan der Partei sei es, den Imperialismus zu begreifen, neben dem Allgemeinen (dem überlieferten theoretischen Bestand) gerade auch das Besondere der historischen Situation in ihren Einzelheiten zu erkennen und zu beschreiben. Die UZ müsse deutlich machen, wie sich die Strategieentwicklung in unserer Partei vollzieht, wobei sie nicht deren Verkündungsorgan oder sogar das theoretische Organ der Partei ist.

Insbesondere kann sie einen Beitrag dafür leisten, die Ausgangssituation für die Entwicklung und Verwirklichung einer tauglichen Strategie des antimonopolistischen Kampfes zu veranschaulichen, einer Strategie, die es überhaupt erst ermöglicht, den Kampf für

den Sozialismus aufzunehmen. In der recht lebhaften Diskussion gab es mehrere konkrete Vorschläge zur Verbesserung der UZ.

So u.a. hinsichtlich der Ausweitung der Leserbriefseite und der Aufnahme einer Presseschau. Auch die Frage nach einer Kooperation mit anderen marxistischen Publikationsorganen wie dem Rotfuchs wurde aufgeworfen.

Eine solche Zusammenarbeit wird sicherlich keine institutionalisierte Form annehmen, aber sie kann sich in dem Maße verstärken, als die Themen im Rotfuchs zunehmend zeitbezogener werden.

Lucas Zeise warb für die Teilnahme der Leser der UZ an der Entwicklung ihrer Zeitung auch als deren Autoren. Es war ihm als sehr erfahrenen Journalisten beizupflichten, dabei stets ein hohes Niveau einzufordern, die Latte aber auch nicht so hoch zu legen, als könne sie nie übersprungen werden.

Die UZ muss erhalten bleiben, dies darf wohl als ein wichtiges Fazit der Leipziger Debatte verstanden werden.

HM, UZ,
9. Dezember 2016